

Bayern hat die meisten Toten

Söder: „Man verliert leicht den Blick nach außen“, FR-Tagesthema vom 25.7.

Die hohen Zustimmungswerte für Markus Söder in den Umfragen sind erstaunlich. Zwar sagt er: „Nur wer Krisen meistert, wer die Pflicht kann, der kann auch bei der Kür glänzen.“

Das klingt gut, doch sollte darüber nicht vergessen werden, dass Bayern seit Beginn der Corona-Pandemie das Bundesland ist, das die meisten Infizierten und die meisten Toten zu beklagen hat. Bestandene Feueraufe (CDU-MdB Michael Hennrich) sieht anders aus.

Fritz Brehm, Frankfurt

Noch ein weiteres Kabinettsstück

Das hätte wohl kein Franz Josef Strauß, kein Dr. Edmund Stoiber und auch kein Horst Seehofer so elegant hinbekommen, das kann nur einer, ein Mittelfranke aus Nürnberg: Dr. Markus Söder.

Um der Pandemie zu trotzen, sind zentnerweise Kreativität gefragt und tonnenschwerer Handlungsbedarf angesagt.

Markus Söder ist derzeit so oberbeliebt wie noch nie zuvor. Er alleine ist der bayerische „Krisen-Manager“ für ganz Deutschland, ein absoluter „Bilderbuch-Macher“ par excellence. Mit Hilfe des Infektionsschutzgesetzes dürfte ihm auch noch ein weiteres Kabinettsstück gelingen, nämlich die Personalie, den bayerischen Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler in Personalunion zu vereinigen. Aber natürlich nur in seiner Person.

Riggi Schwarz, Büchenbach

Diskussion: frblog.de/lf-20200727

Google und die Inhalte

Recht auf Löschung: „Keine Ausreden mehr“, FR-Meinung vom 28. Juli

Im Leitartikel von Thomas Kaspar wird ausführlich auf das Urteil des BGH zu den Pflichten der IT-Unternehmen vor dem Hintergrund der europäischen Datenschutz-Grundverordnung eingegangen.

Am Ende kommt Herr Kaspar zu der Schlussfolgerung, dass es höchste Zeit wäre, dass z.B. Google nicht neutral ist und sich auch mit den Inhalten auseinandersetzen müsse. Die Gefahr, dass nun Konzerne über den Wahrheitsgehalt von Inhalten urteilen sollen, wird nicht reflektiert.

Die Vorstellung, dass IT-Unternehmen entscheiden sollen, welche Inhalte richtig oder falsch sind, ist absurd. Eine Klärung dieser Frage muss im Zweifelsfall weiterhin den Gerichten überlassen bleiben. Ansonsten besteht die Gefahr, dass wichtige Informationen, die möglicherweise kritisch sind, nicht mehr öffentlich verbreitet werden.

Jörg Reuter-Radatz, Hannover



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200727

Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:

Vor der zweiten Welle
Unsere koloniale Vergangenheit
Tagebuch: Urlaub als Wellenritt
Freiwilliger Wehrdienst – wofür?
Wird Fleisch zum Luxusgut?
Randale auf dem Opernplatz
Und weitere. Eine Übersicht: frblog.de/aktuell

SORRY

Liebe Leser, auch wenn die Lektüre unserer Donnerstagsausgabe den Eindruck erweckt haben mag, die Lottozahlen würden neuerdings durch Buchstaben ersetzt – dem ist nicht so. Vielmehr hat sich der Fehler teufel eingeschlichen. Ob Sie Ihre Urlaubskasse aufbessern oder sich endlich Ihr wohlverdientes Traumhaus leisten können, erfahren Sie daher heute an dieser Stelle: Hier kommen die korrekten Zahlen von gestern.

GEWINNZAHLEN LOTTO AM MITTWOCH

Lottozahlen:
3 - 15 - 20 - 34 - 35 - 43
Superzahl: 7
Spiel 77: 1896572
Super 6: 526211

(Alle Angaben ohne Gewähr)

Wer reist in diesen Zeiten in Risikogebiete?

Coronavirus: „Der Testfall“ und „Erst die Reise, dann der Test“, FR-Titel und -Tagesthema vom 28. Juli

Auf dem Weg in den nächsten Lockdown

Sie schreiben: „Die meisten Deutschen halten sich an die Corona-Regeln.“ Das mag sein, ist aber nicht ausreichend. Fast alle Hotspots der Ausbreitung sind durch „Einzelkämpfer“ entstanden. Mehr Tests ändern daran noch nichts. Auch die wenigen Desperados müssen eingefangen werden. So sehen die Verhältnismäßigkeiten aus, auch wenn das gerade einige Juristen noch nicht begriffen haben. Vielleicht sollte ihnen mal jemand die Sache mit dem kleinen Loch im Präservativ erklären.

Selbstmord ist eine traurige, aber zulässige Entscheidung. Ihn anderen aufzuzwingen, ist ein Verbrechen. Dasselbe gilt für die persönliche Risikobereitschaft, wenn sie gemeingefährlich werden kann. Die Einhaltung der Regeln muss – wie die anderer Gesetze auch – ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden. Verhandeln kann man unverbindlich in den Leserbriefspalten und mit Konsequenzen vor Gericht, aber nicht vor Ort. Mit Hygiene, Abstand und Maskenschutz kann eine bedeutende Ausweitung des öffentlichen Lebens innerhalb Corona-Zeiten ermöglicht werden; mit dem aktuellen Laissez-faire (auch bei der Quarantäne-Überwachung) landen wir im nächsten, sehr viel schlimmeren Lockdown.

Rolf Oesterlein, Nieder-Olm

Für Reiserückkehrer stellt sich die soziale Frage nicht

Es ist meiner Meinung nach zynisch vom Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), die verpflichtenden Corona-Tests für Reiserückkehrer, – außerhalb der EU, die in Risikogebieten Ferien machen wollen – zu einer sozialen Frage zu erklären.

Ein Corona Test würde um die 90 Euro kosten. Die Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen verknüpfte Jens Spahn mit der sozialen Frage. Aber es ist doch so: Wer sich außerhalb der EU oder in Risiko-

kogebieten Ferien und Urlaub leisten kann, für denjenigen stellt sich die soziale Frage nicht! Denn im Fall der sozialen Frage könnte er sich gar keinen Urlaub leisten, und ganz sicher nicht außerhalb der EU. So erhalten doch wieder diejenigen Bürger kostenlose Vergünstigungen, die gar nicht bedürftig sind.

Das nenne ich einen Zynismus, aber auch ein beständiges Handeln der großen Koalition.

Stefan Vollmershausen, Dreieich

Die „AHA“-Gebetsmühle hilft nicht weiter

Angesichts einer ansteigenden Covid-19-Infektionsrate tönt aus allen amtlichen Kanälen „AHA“ und noch mehr „AHA“. Nur: Das geht am Problem vorbei.

Bei den „Superspreadings“, bei denen ein bereits Infizierter bei einem großen Anteil aller Anwesenden einer Zusammenkunft Infektionen ausgelöst hat, ist offensichtlich, dass dies nur über im ganzen Raum verteilte mikroskopische Aerosole geschehen sein kann. An solchen dokumentierten Ereignissen kann man ablesen, dass ein einzelner „Spreader“ in einem wenig gelüfteten 1000 Kubikmeter großen Raum innerhalb von ein bis zwei Stunden die Luft derart mit infektiösem Aerosol anreichern kann, dass ein großer Teil der Anwesenden eine infektiöse Dosis erhält. Je kleiner der Raum, umso schneller geschieht dieser Vorgang. Mit etwas Mathematik kann man zeigen, dass bei einem typischen Klassenraum weniger als eine Stunde und in einem Wohnzimmer eine knappe halbe Stunde ausreichen – und in einem ungelüfteten Pkw zehn Minuten.

Wenn jetzt vermehrt Menschen in Innenräumen wie Büros, Schulen und auch Wohnungen zusammenkommen und dabei nicht auf extrem guten Luftaustausch achten, wird die zweite Welle deshalb unaufhaltbar.

Die AHA-Regeln sind da nutzlos und lenken vom eigent-

lich Wichtigen ab. Die Empfehlung des Hermann-Rietschel-Instituts der TU-Berlin, die Länge von Unterrichts-Stunden auf maximal 30 Minuten zu begrenzen und dann sehr gründlich zu lüften, geht in die richtige Richtung und muss unbedingt und sofort ernst genommen werden in Form rigoroser Lüftungs-Regeln für alle Innenräume, in denen Menschen zusammenkommen. Andernfalls lässt man die Bevölkerung ins offene Messer der zweiten Welle laufen. Gebetsmühlenartig „AHA“ zu sagen hilft da nicht!

Detlef Hennings, Köln

Testkosten sollten in den Ticketpreis integriert sein

Offensichtlicher kann das Missverhältnis kaum deutlich werden: Für Menschen, die meinen, auch in Krisenzeiten nicht auf den Luxus von Auslandsreisen verzichten zu können, sollen Krankenkassen und Bundesländer die Kosten der Corona-Tests in Höhe von 100 bis 180 Euro übernehmen.

Als wäre das allein nicht schon empörend genug, findet sich gleich auf der nächsten Seite das Interview mit Pharmamanager H.-G. Feldmeier, der sich über den Kostendruck durch die Krankenkassen auslässt, der eine wesentliche Ursache für die Verlagerung der Medikamentenproduktion in asiatische Länder darstellt. Wenn man die von ihm genannten Therapiekosten von teilweise nur noch sechs Cent pro Tag und Patient zugrundelegt, könnte ein Patient für den Preis eines Corona-Tests mehr als fünf Jahre therapiert werden!

Und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass noch immer nicht in jedem Fall, wo es sinnvoll erscheint, kostenlose Tests möglich sind, bin ich der Meinung, dass für Auslandsreisende die Corona-Testkosten in den Ticketpreis integriert werden sollten.

Cäcilia Dickescheid-Breig, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/rueckkehrer/

Das Problem der Gewerkschaften

Zu: „Die Dompteure des Kapitalismus“, FR-Magazin vom 22. Juli

Die „Ohnmacht der organisierten Arbeit“ rührt auch aus der Agonie der hiesigen Sozialdemokratie. Der Organisationsgrad von 15 Prozent der Beschäftigten reduziert sich noch erheblich, wenn die Zahl der in Rente befindlichen GewerkschafterInnen mitgedacht wird. Wäre der gewerkschaftliche Organisationsgrad höher, gäbe es die ungleich bezahlten und prekär Beschäftigten in dieser ungeheuerlich großen Zahl nicht. Das ist ein Problem der Gewerkschaften, aber auch der Nichtorganisierten, die seit Jahrzehnten der „Gewerkschaftsfamilie“ nicht angehören.

Angesichts der relativen Schwäche der Gewerkschaften werden auch die heute in Berufsausbildung befindlichen

jungen Menschen nicht angemessen angesprochen. Das sind rund 1,5 Millionen Menschen. Die (Corona-) Probleme in der gegenwärtigen Berufsausbildung spielen auch medial keine Rolle und sind aus der praktischen Politik der Parteien links der Mitte verschwunden. Die fortschreitende Digitalisierung stellt an eine zukunftsorientierte Berufsausbildung höchste Ansprüche; die Neuordnung der Berufe hinkt dieser Entwicklung nach. Eine Theoriezeitschrift des DGB zu Fragen beruflicher Bildung wurde vor vielen Jahren aus Kostengründen eingestellt, was sich jetzt rächt.

Einem „Klassenkampf von oben“, den die „Eliten“ selbstbewusst und zur „Pflege des priva-

ten Reichtums“ unerbittlich und nachhaltig führen, trifft auf eine arbeitende Klasse, die keine Vorstellung mehr davon hat, was sie gemeint und organisiert bewegen könnte. Fehlende (Gewerkschafts-) Organisation, Mangel an Geschichtskennntnis und nicht zuletzt kein ausreichendes Sozialbewusstsein der arbeitenden Menschen sind die Hemmschuhe, die leider die Gewerkschaften nicht zu Dompteuren des Kapitalismus – wie es die Überschrift suggeriert – machen. Der gedankliche Arbeit des Gewerkschafters Dierk Hirschel und sein bestimmt gutes Buch sind deshalb weiteste Verbreitung unter den vielen GewerkschafterInnen und Nichtorganisierten zu wünschen!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau